

An die Seniorenvertreter/-innen der
DBB Mitgliedsgewerkschaften NRW

Ernst-Gnoß-Str. 24
D-40219 Düsseldorf
Telefon 0211 491583-0
Telefax 0211 491583-10
post@dbb-nrw.de
www.dbb-nrw.de

02.10.2023
AZ: 10_11_0009
he
Bei Antwort bitte angeben.

Aktuelle Informationen

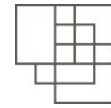
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach einer ausgiebigen und ruhigen Sommerzeit möchte ich mich heute bei Ihnen melden, um einige aktuelle Informationen weiterzugeben. Ich hoffe, dass Sie gesund und gut erholt in den Herbst und die auf uns zukommenden Aufgaben starten können.

Zu den Einkommensrunden 2023:

Im April wurde nach einem Schlichterspruch ein Tarifergebnis in den Verhandlungen zum TVÖD erzielt. Am 13.07. hat das Bundeskabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Bundesbeamtenbesoldung und -versorgung beschlossen. Abschlagszahlungen sind vorgesehen ab September/Oktober. Über das Ergebnis haben wir in unserer Sitzung am 06.06. ausführlich berichtet.

Nun steht die Einkommensrunde TV-L im Oktober an. Am 11.10. wird eine Forderung von der Bundestarifkommission, die nach Beratungen in den Gewerkschaften und Verbänden festgelegt wird, verkündet. Der dbb hat in der Vorbereitung dazu ein neues Beratungs- und Diskussionsformat genutzt, sechs Regionalkonferenzen, verteilt über alle Bundesländer. In NRW fand die Auftaktveranstaltung am 05. September



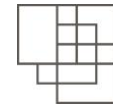
statt. Zahlreiche Mitglieder aus den Fachgewerkschaften diskutierten und berieten, welche konkreten Ziel der dbb in den Verhandlungen unbedingt verfolgen sollte. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass gemeinsam für einen dem TVÖD vergleichbaren Abschluss gekämpft werden muss und das Ergebnis später auf die Landesbesoldungs- und Versorgungsempfänger inhalts- und zeitgleich übertragen werden soll. Die erste Verhandlungsrunde startet am 26.10., die zweite Runde findet am 02./03. November statt, die dritte Runde am 07.-09.12.

Roland Staude erklärte, dass er aufgrund der angespannten Haushaltssituation vieler Länder, einschließlich NRW, lange harte Verhandlungen mit den Vertretern der Länder erwartet. Besonders erschwerend kommt hinzu, dass es auf dieser Ebene keine Schlichtung gibt. Selbst wenn das TV-L Ergebnis gut ausfällt, sehe er die besondere Herausforderung in der Übertragung des Ergebnisses auf die Landesbesoldung und -versorgung.

Um erfolgreich zu sein und ein gutes Ergebnis zu erzielen, sind wir alle aufgefordert, gemeinsam zu kämpfen und geplante Aktionen aktiv zu unterstützen. Dies gilt insbesondere auch für uns Seniorinnen und Senioren, damit auch die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger mitbedacht werden. Über geplante Aktivitäten erhalten Sie Informationen über den DBB sowie die Gewerkschaften und Verbände.

Pflege:

Ende Mai wurde das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz beschlossen (siehe Protokoll der letzten Sitzung). Die gestaffelte Beitragserhöhung erfolgte zum 01.07., wenige Leistungsverbesserungen treten erst zum 01.01.2024 bzw. 01.01.2025 in Kraft. Die Probleme in der Pflege können durch die o.g. Maßnahmen nicht behoben werden, sie nehmen zu: steigende Kosten vor allem in der stationären Pflege, wirtschaftliche Probleme vieler Pflegeheime durch gestiegene Energiekosten, höhere Löhne, und Inflation und dazu der große Personalmangel. Eine umfassendere Pflegereform wird immer dringlicher.



Gesundheitsbereich:

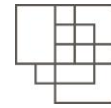
Ärztmangel bedroht nach wie vor die medizinische Versorgung im ländlichen Raum. Das Gesundheitsministerium in NRW hat daher Maßnahmen ergriffen, um diesem Problem zu begegnen: Erweiterung der Zahl der Medizinstudienplätze, neue Angebote in strukturschwachen Regionen, wie Prämien oder finanzielle Unterstützung in Form günstiger Kredite für junge Hausärzte, Telemedizinangebote.

Seit dem 01. Juli können gesetzlich Versicherte das e-Rezept und das online-Terminmanagement nutzen. Ab dem 01.01.2024 wird es verpflichtend eingeführt. Mit dem e-Rezept können Patientinnen und Patienten verordnete Medikamente oder Hilfsmittel papierlos in der Apotheke vor Ort oder direkt online beziehen. Über ein Terminbuchungstool werden Medikamente bestellt und geregelt, wie man das Rezept erhalten will, durch Abholung oder per e-Rezept. Bis zum Ende des Jahres sollen alle Apotheken an das System angeschlossen sein.

Ein Referentenentwurf des Bundesgesundheitsministeriums sieht vor, dass die Einführung der elektronischen Patientenakte für alle Bürgerinnen und Bürger zügig erfolgen soll und gesetzlich Versicherte die ePA automatisch im Januar 2025 erhalten sollen. Wer sie nicht nutzen möchte, muss ausdrücklich widersprechen. Das Ziel müsse sein so lt. Ministerium, dass Zugang und Umgang benutzerfreundlich sind, der Datenschutz gewährleistet ist.

Auf Nachfrage erfuhren wir, dass auch die Privaten Krankenversicherungen erste Schritte für die Nutzung digitaler Services eingeleitet haben. So sollen die Versicherten in der zweiten Jahreshälfte digitale Identitäten erhalten, die den Zugang zu vorhandenen digitalen Angeboten ermöglichen. Wir werden versuchen, konkretere Aussagen zu erhalten und Sie darüber informieren.

In der vom Bundesgesundheitsministerium geplanten großen Krankenhausreform gibt es keine konkreten Fortschritte zu verzeichnen, es bestehen erhebliche Differenzen zwischen Bund und Ländern, insbesondere um die Einteilung der Kliniken in Versorgungslevels. Die Lage ist sehr angespannt, rd. 60% der Kliniken schreibt rote Zahlen, ein Drittel aller Kliniken ist von Insolvenz bedroht.



Mit einem Krankenhaustransparenzgesetzentwurf, der nicht der Zustimmung der Länder bedarf, will das Bundesgesundheitsministerium die geplante Krankenhausreform flankieren. Die erste Lesung fand am 21.09. statt. In einem Transparenzplan sollen Struktur- und Leistungsdaten der Krankenhäuser veröffentlicht werden, aus denen die Patienten erkennen sollen, welches Krankenhaus in ihrer Umgebung welche Leistungen anbietet und wie diese Klinik in Bezug auf Qualität sowie ärztliche und pflegerische Personalausstattung abschneidet.

Rente:

Trotz der hohen Zuwächse zum 01.07.2023 (West 4,39%, Ost 5,86%) bleibt die Rentenerhöhung hinter der Inflationsrate zurück.

Die Bundesregierung plant z. Zt. den Einstieg in die im Koalitionsvertrag beschlossene Aktienrente mit einem Kapitalstock von zunächst jährlich 10 Milliarden Euro. Die Erträge aus dem angelegten Kapital sollen die Rentenkasse stützen und den Beitragssatz zur Rentenversicherung stabilisieren.

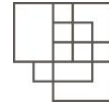
Das Rentenpaket 2, das bereits für letztes Jahr geplant war, sollte im ersten Halbjahr 2023 erarbeitet werden. Leider lässt es weiter auf sich warten.

Wie aus den bisherigen Informationen ersichtlich, ist Einiges an politischen Projekten in Planung, aber Vieles noch nicht umsetzbar.

Viele Bereiche, in denen dringender Handlungsbedarf besteht finden sich in den 140 Anträgen, die für den 3. Bundesseniorenkongress unter dem Motto „Zukunft. Mit uns. Für alle.“ zur Beratung und Beschließung eingereicht wurden.

Der Bundesseniorenkongress mit Neuwahl des geschäftsführenden Vorstands findet am 16./17.10. in Berlin statt.

Unsere Anträge zu den Themen 24-Stunden-Pflege, Recht auf Pflegeheimplatz, Bürgerservice digital oder analog?-Beides! und Abschaffung der Altersdiskriminierung wurden alle durch die Antragskommission zur Annahme empfohlen. Wir werden ausführlich über den Kongress berichten.



Vom 19.-21.09. fand in Mönchengladbach unser diesjähriges Seminar statt. Ein Bericht darüber erscheint im DBB Magazin, ist auf der Homepage und in den sozialen Netzwerken zu finden.

Damit enden die heutigen aktuellen Informationen. Wir halten Sie weiter auf dem Laufenden.

Ihnen allen wünschen wir noch viele weitere sonnige Herbsttage und verbleiben

mit freundlichen Grüßen